

LEITARTIKEL

Die Krawallnacht von Stuttgart und wie es weitergeht!

Es wurde viel darüber geschrieben und viel darüber gesprochen, die „Krawallnacht“ in Stuttgart am Samstag, den 20., auf Sonntag den 21. Juni 2020. Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland sorgte diese Nacht für Aufsehen und eine Vielzahl von Berichterstattungen in regionalen und überregionalen Medien. Die Bilder sind in den Köpfen der in dieser Nacht eingesetzten Kolleginnen und Kollegen allgegenwärtig. Szenen spielten sich ab, die keiner nur im Ansatz erahnte.

Andreas Heck

Stellvertretender Landesvorsitzender



Foto: ©GdP BW, stellv. Landesvorsitzender Andreas Heck

**Was war passiert?
Eigentlich allen bekannt ...**

Über Stunden liefern sich Hunderte Randalierer in dieser besagten Nacht Straßenschlachten mit der Polizei. In kleinen Gruppen verteilen sie sich in der Stuttgarter Innenstadt. Dutzende Geschäfte werden teils komplett zerstört und geplündert, Schaufenster gehen zu Bruch. Einsatzkräfte der Polizei werden attackiert, Polizeiautos demoliert. Es gibt mehrere Verletzte.

Auslöser war offensichtlich eine „normale“ Personenkontrolle. Daraufhin hätten sich sofort rund 200 bis 300 Menschen mit

dem jungen Mann solidarisiert und die Polizisten massiv angegangen. Es seien Flaschen und Steine geflogen. Auch seien immer wieder Beamte direkt körperlich angegriffen worden.

Im Netz kursieren Unmengen an Videos von den Angriffen, den Zerstörungen und den Plünderungen. Auf einem Video ist zu sehen, wie eine Person einem Polizisten, der eine andere Person am Boden fixiert, mit Anlauf in den Rücken springt.

Unglaubliche Szenen ...

Es darf aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass sich einige wenige Zivilisten schützend vor die Einsatzkräfte gestellt haben. Hier gilt ein großes Dankeschön an diesen kleinen Personenkreis.

Was geschah danach ...

Der Landesvorsitzende der GdP BW, Hans-Jürgen Kirstein sowie seine Stellvertreter Gundram Lottmann, Sybille Pilger, Carsten Beck und Andreas Heck haben sich schon am Sonntagvormittag vor Ort ein Bild von der Situation in Stuttgart gemacht.

Die am Nachmittag durchgeführte Pressekonferenz im Stuttgarter Rathaus mit OB Kuhn, Ordnungsbürgermeister Dr. Schairer, Polizeipräsident Lutz sowie Polizeivizepräsident Berger wurde live verfolgt.

An dem besagten Sonntag werde bereits unsere Position und auch die damit verbundenen Forderungen klar vertreten: Aus

dem justiziellen Bereich müssen jetzt ganz klare Signale an die Täter erfolgen. So fordern wir nicht nur die Verhängung des Mindeststrafmaßes, sondern vielmehr die Ausschöpfung der vollen Strafmaßbandbreite bis hin zum Höchststrafmaß. Die Ausschreitungen in Stuttgart sind ein ganz klarer Angriff auf den Rechtsstaat, den die Justiz und das Land nicht akzeptieren dürfen.

GdP vor Ort

GdP-Bezirksgruppenvorsitzender vom PP Einsatz, Uli Müller, und Andreas Heck machten sich eine Woche später von Samstag auf Sonntag in Stuttgart selbst ein Bild der aktuellen Lage vor Ort.

„Oberbürgermeister Kuhn sprach in der Pressekonferenz letzte Woche von einer in normalen Zeiten herrlichen Atmosphäre rund



GdP-Bezirksgruppenvorsitzender PP Einsatz sowie Andreas Heck, stellv. Landesvorsitzender

Foto: ©GdP BW, Uli Müller



um das Neue Schloss. Einen Eindruck, den wir am Samstag nicht bestätigen konnten“, äußert sich Andreas Heck. „Was wir vor Ort gestern Nacht erlebt haben, ist schwer zu beschreiben. Mehrere Hundert junge Menschen hielten sich am Eckensee, vor dem Schloss und an der Freitreppe auf. Hauptsächlich soziale Randgruppen, davon sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund, viele erheblich alkoholisiert und eben nicht Personengruppen der vielzitierten Eventszene.“

Was steht weiter an?

Am 7. Juli 2020 fand ein Gespräch mit Herrn Polizeipräsident Franz Lutz, GdP-Bezirks-

gruppenvorsitzender des PP Stuttgart, Peter Scherer sowie Gundram Lottmann und Andreas Heck im PP Stuttgart statt.

Zwei Tage später, am 9. Juli 2020 fand ein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Wilfried Klenk und dem Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein sowie den stellvertretenden Landesvorsitzenden Gundram Lottmann, Carsten Beck und Andreas Heck im Innenministerium Baden-Württemberg statt.

Am 15. Juli 2020 tauschten sich Gundram Lottmann sowie Andreas Heck mit Herrn Ordnungsbürgermeister Dr. Schairer von der Stadt Stuttgart und Herrn Belgardt von der Kommunalen Kriminalprävention über die Tatnacht selbst, aber auch über die Tage

danach und über die Zukunft in Stuttgart aus. In allen Gesprächen ging es hauptsächlich um einen Informationsaustausch sowie um Forderungen an die Landespolitik BW bzw. an die Stadt Stuttgart.

(Alle Termine ab dem 7. Juli 2020 fanden nach dem Redaktionsschluss statt.)

In der nächsten Ausgabe der DP werden als Ergebnis der stattgefundenen Gespräche die Forderungen der GdP ausführlich dargestellt.

Wir bleiben für alle Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg an diesem Thema dran und lassen nicht locker! ■

Versorgungsbericht 2019

Das Finanzministerium Baden-Württemberg hat den Versorgungsbericht 2019 veröffentlicht.

Gundram Lottmann



Foto: © GdP BW, Gundram Lottmann

Hier sind die wichtigsten Kernaussagen zusammengefasst:

Zahl der Versorgungsempfänger und Ausgaben der Versorgung

- Die Ausgaben für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung sind seit dem Jahr 1990 von damals gut 1,2 Mrd. Euro stetig auf gut 5,0 Mrd. Euro gestiegen.

Eintritt in den Ruhestand und Haushaltsvorsorge

- Das Eintrittsalter der Beamtinnen und Beamten des Landes in den Ruhestand hat sich in den vergangenen Jahren erhöht. Dies ist auch auf die Dienstrechtsreform und die Maßnahmen zum Gesundheitsmanagement zurückzuführen.

- Die freiwillige Weiterarbeit wird von einem steigenden Anteil der Beamtinnen und

Beamten in Anspruch genommen (6,6 % der Zuruhesetzungen erfolgten in 2017 nach freiwilliger Weiterarbeit). Das entlastet den Landeshaushalt und erhält zugleich über einen längeren Zeitraum Expertenwissen für die Landesverwaltung.

- Die Zuruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit sind zurückgegangen (von 43 % im Jahr 2000 auf 9,7 % im Jahr 2017).

- Die Sondervermögen Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage haben zum Stand 31. Dezember 2018 ein Volumen von 6,8 Mrd. Euro erreicht. Im Doppelhaushalt 2018/2019 wurden neben der regulären Zuführung von monatlich 500 Euro pro neu eingestellten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern zusätzlich 120 Mio. Euro zugeführt. Im Haushaltsjahr 2019 sind insgesamt rund 500 Mio. Euro Zuführung veranschlagt. Die Zuführungsbeträge steigen dynamisch. Dazu trägt bei, dass ab dem Jahr 2020 die monatliche Zuführung in den Versorgungsfonds auf 750 Euro pro Neuein-

stellung bzw. bei neu geschaffenen Stellen 1.000 Euro betragen wird. Bis zum Jahresende 2020 kann mit einem Vorsorgevolumen von bis zu 8 Mrd. Euro gerechnet werden.

Entwicklung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung

- Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung lagen im Jahr 1990 bei 21.130 Euro und erhöhten sich bis zum Jahr 2018 auf 37.018 Euro.

- Das durchschnittliche Ruhegehalt im mittleren Dienst liegt bei 2.218 Euro, im gehobenen Dienst bei 2.988 Euro und im höheren Dienst bei 4.025 Euro.

Eintrittsalter in den Ruhestand

- Beamtinnen und Beamte, die im Laufe des Jahres 2017 in den Ruhestand getreten oder versetzt worden sind, waren durchschnitt-



Foto: Adobe Stock, © effe45

lich 62,8 Jahre alt. Damit lag das Durchschnittsalter um 2,4 Jahre über dem Wert aus dem Jahr 2000. Die Dienstrechtsreform trägt zu dieser Entwicklung bei. Sie sieht eine etappenweise Erhöhung der Regelaltersgrenze zum Eintritt in den Ruhestand bis 2029 um insgesamt zwei Jahre vor. Im Durchschnitt treten Beamte mit 62,9 Jahren, Beamtinnen mit 62,7 Jahren in den Ruhestand.

Unterschiede beim Pensionseintrittsalter gibt es auch in den verschiedenen Laufbahngruppen. Im mittleren Dienst werden Beamtinnen und Beamte durchschnittlich bereits mit 60,1 Jahren in den Ruhestand versetzt. Dies liegt unter anderem an der besonderen Altersgrenze, beispielsweise im Vollzugsdienst, sowie daran, dass im Jahr 2017 überdurchschnittlich viele Beamtinnen und Beamte im mittleren Dienst

aufgrund einer Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt wurden. Im gehobenen Dienst betrug das durchschnittliche Alter für den Eintritt in den Ruhestand 62,8 Jahre und liegt damit gleichauf mit dem durchschnittlichen Eintrittsalter aller Beamtinnen und Beamten. Beamtinnen und Beamte im höheren Dienst wechselten im Durchschnitt mit 63,8 Jahren in den Ruhestand.

Versorgungsabschlag

- Durchschnittlich führt der Versorgungsabschlag bei Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfängern zu einer Reduzierung des Ruhegehalts um rund 165 Euro pro Monat. In der Summe führte der Versorgungsabschlag 2018 zu Minderausgaben bei den Ruhegehältern von ca. 97 Mio. Euro.

Eintritt in den Ruhestand

- Beamtinnen und Beamte des Vollzugsdienstes entschieden sich besonders oft, freiwillig länger zu arbeiten. Dass hier 22,4 % erreicht werden, hängt auch da-

mit zusammen, dass die Beamtinnen und Beamten des Vollzugsdienstes im Jahr 2017 bereits mit 60 Jahren und sechs Monaten die besondere Regelaltersgrenze erreicht haben. Durch das freiwillige Weiterarbeiten wird der Versorgungsanspruch erhöht, wenn der Höchstruhegehaltssatz zuvor noch nicht erreicht wurde. Sobald der Höchstruhegehaltssatz erreicht ist, wird zusätzlich zur entsprechenden Besoldung ein Besoldungszuschlag von 10 % gezahlt.

Auswirkungen der Dienstrechtsreform

- Der durchschnittliche Ruhegehaltssatz aller Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger lag 2008 noch bei 71,4 %. Bereits im Jahr 2014 ist er auf 67,3 % gesunken und beträgt im Jahr 2018 noch 66,4 %.

Der Versorgungsbericht 2019 kann im Internet heruntergeladen werden:

https://fm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-fm/intern/Publikationen/Versorgungsbericht-BW_2019.pdf. ■

Ist die Polizei diskriminierend und rassistisch?

Harald Vogel

Wenn man den Taten der rot-rot-grünen Landesregierung in Berlin oder den Worten der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken glauben darf, ja.

In Berlin wurde durch die rot-rot-grüne Regierung das sog. Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet.

Was bedeutet Diskriminierung?

Diskriminierung bezeichnet eine Benachteiligung oder Herabwürdigung von Gruppen



Foto: GdP BW, Harald Vogel

oder einzelnen Personen nach Maßgabe bestimmter Wertvorstellungen oder aufgrund unreflektierter, z. T. auch unbewusster Einstellungen, Vorurteile oder emotionaler Assoziationen (Wikipedia).

Am 24. September 2019, 13.55 Uhr stellte Andreas Kopietz von der BERLINER ZEITUNG dem Justizsenator Dirk Behrendt im Interview u. a. folgende Frage zum Landesantidiskriminierungsgesetz:

„Heißt das im Umkehrschluss, dass wir keine rechtsstaatlich arbeitende Polizei haben?“

Antwort: „Doch, die haben wir. Aber es mag ein paar schwarze Schafe geben, wie überall in so großen Behörden. Um die geht es.“

„Es mag ein paar schwarze Schafe geben“, vermutet der Herr Justizsenator. Doch anstatt seiner Aufgabe nachzukommen, diese „schwarzen Schafe“ festzustellen und ggf. zu maßregeln, drängte er auf ein Antidiskriminierungsgesetz. Ein Gesetz das ein pauschales Signal des Misstrauens gegenüber der Einstellung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin sendet und unbegründete Zweifel an der Rechtfähigkeit der Beschäftigten säht.

Meine Damen und Herren Politiker – Was Sie tun, das ist Diskriminierung.

Und zwar gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin!

Die stellvertretende SPD-Chefin Saskia Esken äußerte sich in einem Interview mit der Funke Mediengruppe und spricht gar von „latentem Rassismus“ in der Polizei.





habe kein strukturelles Problem mit Rassismus, es handele sich lediglich um Einzelfälle, so Esken.

Plötzlich ein Einsehen? Dies sei ihr nicht erst heute klageworden? Doch nur Einzelfälle? Und dennoch eine ganze Berufsgruppe in Verruf gebracht. Auch hier die Frage, was bedeutet Rassismus.

Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver biologischer Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen (Albert Memmi).

Vielleicht sollten sich unsere Politiker auch zuerst mal die Definitionen der Begriffe durchlesen, mit denen sie um sich werfen, und vor ihren Interviews sich Gedanken darüber machen, über was und wen sie eigentlich reden. Was haben das Antidiskriminierungs-

gesetz und die Äußerungen von Frau Esken gemeinsam?

Sie zeigen eine Grundstimmung in Teilen der Politik gegenüber der öffentlichen Verwaltung und der Polizei. Und diese geht nicht in Richtung Lobhudelei wie in ihren Wahlreden. Diese geht ganz klar in Richtung Misstrauen gegenüber ALLEN Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Ist die Polizei diskriminierend und rassistisch?

Ein ganz klares NEIN.

Deshalb mein Dank an alle Politiker/-innen, die hinter der Polizei stehen und einen Generalverdacht wie den durch das Antidiskriminierungsgesetz in Berlin oder den Vorwurf des latenten Rassismus bei der Polizei wie von Frau Esken zurückweisen. ■

Ganze drei Tage war sie dieser Ansicht, bis sie ihre Äußerungen über „latenten Rassismus in den Reihen der deutschen Polizei“ relativierte. Sie betonte, dass sie die Polizei nicht unter Generalverdacht stellen wolle. ...Dies sei ihr nicht erst heute klageworden, fügte Esken an. ... Die Polizei in Deutschland

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

GdP-Mitglied EPHK a. D. Kurt Zöller feiert seinen 85. Geburtstag

Michael Kloos

Am Samstag, dem 13. Juni 2020, feierte unser langjähriges GdP-Mitglied Kurt Zöller in Göppingen-Holzheim, Ortsteil St. Gottardt, seinen 85. Geburtstag.

Der Seniorenvertreter Michael Kloos gratulierte, wünschte ihm für die Zukunft alles Gute und überreichte im Namen der GdP-Bezirksgruppe Polizeipräsidium Einsatz einen guten Tropfen Wein. Der Name Kurt Zöller ist sicher vielen Kolleginnen und Kollegen, welche bei der Bereitschaftspolizei in Göppingen beschäftigt waren, ein Begriff.

Dort war er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1995 in verschiedenen Funktionen tätig. Zunächst als Fahrlehrer, später als Zugführer und zuletzt als stellvertretender Hundertschaftsführer bei der Einsatzhundertschaft hat sich Kurt Zöller einen gro-



ßen Bekanntheitsgrad erworben. Viele Spezialausbildungen (u. a. T-Zugführer, Bootsfahrlehrer) prägten seine Leidenschaft für die technischen Bereiche. Seine Kollegen schätzten seine verlässliche, konsequente und kameradschaftliche Art.

Darüber hinaus leitete Kurt Zöller über viele Jahre das Freizeitmusikkorps der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung, welches sich weit über die Kreisgrenzen hinaus einen Namen machte und die Polizei sehr positiv repräsentierte. Zudem engagierte er sich in seiner Freizeit noch lange Zeit als Vorsitzender der Gartenfreunde Jebenhausen.

Kurt Zöller freute sich sehr über die Aufmerksamkeit und das Präsent der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und bedankte sich herzlich. ■



INFORMATIONEN AUS DER LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Neue Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsstelle

Kathrin Schramm

Seit dem 1. Mai 2020 arbeitet Frau Heike Hunger-Hesse in der Geschäftsstelle der GdP Baden-Württemberg als Mitarbeiterin der neuen Abteilung Service und Events. Sie betreut die Organisation und Durchfüh-

rung der Polizeibälle und anderer Events der GdP. Ferner ist sie zuständig für die Angebote unserer Kooperationspartner und für alle weiteren Vergünstigungen und Vorteile für GdP-Mitglieder.

Frau Hunger-Hesse ist immer vormittags unter der Telefonnummer 07042 879 207 und per E-Mail unter serviceabteilung@gdp.de erreichbar. ■



Mitarbeiterin der neuen Abteilung Service und Events, Frau Heike Hunger-Hesse

GEWALT, ZERSTÖRUNG, PLÜNDERUNGEN IN STUTTGART

Täter gehören nicht zur „Party- und Eventszene“!

Thomas Mohr

Mit einem Facebook-Post ordnet unser GdP-Landesvorstand Thomas Mohr die Krawallnacht in Stuttgart ein und erklärt sie, nachdem ihn viele Polizisten kontaktiert hatten, die in besagter Nacht eingesetzt waren. Der Post auf Facebook erreichte fast fünf Millionen Views, wurde über 80.000.-mal geliked und 12.500.-mal geteilt. Auch medial war das Echo groß.

Facebook-Post vom 22. Juni 2020:

Liebe Facebookgemeinde,

nach den Ereignissen am Wochenende in Stuttgart, 19 meiner Kollegen verletzt, 12 Polizeifahrzeuge zerstört, 30 Geschäfte verwüstet und 8 geplündert, ist die Anteilnahme aus der Politik wieder groß. Zwischenzeitlich hatte ich Kontakt mit Kollegen, die in der Nacht in Stuttgart eingesetzt waren. Ich möchte Ihnen teilweise hier deren Frustration und Eindrücke wiedergeben.

Wer hier die Randalierer einer „Event- und Partyszene“ zuordnet, verharmlost das Grundproblem. Nach Schilderungen der Einsatzkräfte vor Ort handelte es sich um überwiegend migrantische Jugendliche, Heranwachsende, aber auch Erwachsene in größerer Zahl, die sich grundsätzlich an keine Verhaltensregeln halten. „Das sind weitgehend testosterongeladene junge Männer, die in der Gruppendynamik schnell eskalieren!“

Der Organisationsgrad, oft durch die sozialen Plattformen emotional transportiert, ist bei dieser Gruppe hoch.

Das Provokationsverhalten und die ausgeprägte Eskalationsneigung dieser Personengruppen war auch Auslöser bei der vorausgegangenen Personenkontrolle durch die Polizei. Das Ganze dann als Foto und Video online zu stellen, bringt Anerkennung und „Klicks“ in der Szene, die man im wahren Leben nicht erfährt.

Durch das menschenverachtende Verhalten haben die Randalierer auch gezeigt, was sie von unserer Gesellschaft, dem geordneten und sicheren Miteinander, halten. In Stuttgart wurden nicht nur die Polizei angegriffen, sondern auch die Rahmenbedingungen unserer Demokratie überschritten und die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen getreten.

Die Politik fordert Rückhalt für die Polizei! Das ist dann andernorts die gleiche Po-

litik, die bewusst und gewollt „ihre Polizei“ durch ein Antidiskriminierungsgesetz, wie in Berlin, oder durch Aussagen der Polizei generell Rassismus unterstellt, um sie am liebsten auf die „Müllhalde“ zu entsorgen, wie es medial publiziert wurde. Das motiviert und befeuert solche Ereignisse nicht nur in Stuttgart.

Ich wünsche mir, dass sich die Bevölkerung auch optisch hinter ihre Polizei stellt und man nicht einfach zur Tagesordnung übergeht. Die Polizei erfährt jährlich, nach Umfragen, einen hohen Stellenwert innerhalb der Bevölkerung. Darum darf sie jetzt nicht den Eindruck haben, dass ihr rechtsstaatliches Handeln generell immer infrage gestellt wird.

Wir brauchen von der Politik keine Lippenbekenntnisse, sondern es müssen endlich Taten folgen. Die Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht alleine lösen. Seit Jahren stelle ich fest, dass uns, der Gesellschaft, womöglich viele junge Männer, die in Deutschland geboren sind und einen Migrationshintergrund haben, die überwiegend in einer „virtuellen Parallelwelt“ (sozialen Netzwerken) leben, entgleiten. Die kein Benehmen haben, keinen Respekt gegenüber ihren Mitmenschen haben, staatliche Institutionen verhöhnen und lächerlich machen, fremdes Eigentum mutwillig zerstören und explosiv in der Gruppe gewaltbereit sind. Die Corona-Krise und den Konsum von Alkohol kausal dafür mitverantwortlich zu machen, ist meiner Meinung nach zu kurz gesprungen. Die Ursache liegt in den von mir dargestellten Verhaltensweisen.

Ich kenne aber auch die Meinung von



vielen Menschen mit Migrationshintergrund aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis. Die lehnen durchweg ein solches Verhalten ab und ärgern sich über die „Rufschädigung“, die sie dadurch wahrnehmen.

Ich bin gespannt, wie man nun an das grundsätzliche Problem herangehen wird. In Mannheim hatten wir ein ähnliches Problem, das man konsequent und wirkungsvoll angegangen ist. Hier hat man sofort eine Ermittlungsgruppe gegründet, die erfolgreich Ermittlungen gegen alle Straftäter und Randalierer geführt hat und mit gezielter Überwachung im öffentlichen Raum präsent war.



Hier einige Kommentare:

„Super! Danke für diesen ehrlichen Kommentar Ihnen, hoffentlich geht's den verletzten Beamten wieder besser.“

„Danke für diese Worte, sie bringen auf den Punkt, was sehr viele denken, auch in meinem Freundes- und Bekanntenkreis sind einige mit einem Migrationshintergrund und sie schämen sich für solche Bilder und das Verhalten einiger ihrer Landsleute“

„Tolle klare Worte ... meine Hochachtung und Respekt für die tolle Arbeit die jeder Polizeibeamte/-in jeden Tag für unsere Sicherheit leistet. Es ist längst an der Zeit, unsere Polizei mit neuen bzw. entsprechend geänderten Gesetzen zu schützen. Ich will hier in meiner Stadt und auch in meinem Land angstfrei und sicher leben ... also Ihr an der Regierung ... hört endlich auf zu reden und handelt endlich ... für unser schönes Land, uns Bürger und tolle Polizei!“

„Als Barbetreiber in Stuttgart, ein großes Dankeschön für diese Aussage!“

„Endlich spricht mal einer Klartext. Vielen Dank für diese Ehrlichkeit und den Mut, diese hier zu veröffentlichen!“

„Vielen Dank für diese ausführliche Schilderung der Ereignisse und der Hintergründe, die in dieser Form in der Presse nicht zu finden sind. Ich stelle mich ausdrücklich hinter unsere Polizei.“

„Danke für die ehrlichen Worte. Allen Verletzten gute Besserung. Ich hoffe, dass unsere Politik begreift, dass ihnen da etwas entgleitet. Als Deutscher fühle ich mich im eigenen Land nicht mehr wohl. Ich möchte, dass hier Recht und Ordnung ist. Dazu gehört für mich, dass ich einen Polizisten/in respektiere. Er /Sie machen Dienst für uns alle, dafür bin ich dankbar.“

„Vielen Dank für diese deutlichen Worte. Diese Aussagen müssen sich alle zu Herzen nehmen. Die absolute Respektlosigkeit gewisser junger Männer gegenüber Polizei, Frauen und unserer Gesellschaft insgesamt ist schon seit vielen Jahren ein Problem. Ich spreche leider aus Erfahrung. Hoffentlich reagiert die Politik endlich. Es wird oft tatsächlich zu viel falsch verstandene Toleranz zur Schau gestellt.“

„Sehr gut in verständlicher Sprache geschrieben. Leider ist unsere Presse nicht in der Lage, in dieser Deutlichkeit die Dinge beim Namen zu nennen ...“

„Ich glaube, dass hier jemand das Wort ergriffen hat, der weiß, wovon er spricht ...“

„Sehr ausgewogen und treffsicher. Einer der besten und sachkundigsten Kommentare dazu im Netz soweit. Danke, dass Sie Ihre Stimme erheben!“

„Meine Eltern kamen vor 50 Jahren nach Stuttgart von Bella Italia und haben sich immer an die Regeln mit Respekt gehalten und an uns Kinder weitergegeben und wir sind stolz darauf, unsere Werte mit den Stuttgartern zu teilen, wer sich hier nicht an die Gesetze hält, muss gehen.“

„Vollkommen richtig und sehr gut analysiert. Meinen Respekt und Anerkennung für alle Polizeibeamte, die für uns im Dienst sind, um genau solche Auswüchse zu unterbin-

den. Traurig und beschämend, dass durch das Verhalten der regierenden Parteien eher die Gegenseite beflügelt wird.“

„DAS hier geschriebene des GdP-Vorsitzenden sollte heute noch in JEDEM TV-Kanal in den Nachrichten und morgen in JEDER Tagespresse veröffentlicht werden.“

„Hut ab Kollege Mohr, endlich mal klare Worte und ich wünsche mir und erhoffe mir sehr, dass Ihr Statement sich die Verantwortlichen sehr zu Herzen nehmen. Und an alle Leser meines Kommentares: Nein, dieses Statement und mein Kommentar sind mit Sicherheit nicht rassistisch. Es muss endlich mal Klartext gesprochen werden. Wann werden ‚die da oben‘ endlich mal wach? Ich wünsche allen verletzten Polizistinnen und Polizisten gute Besserung.“

„Ich bin ein Ausländer und lebe seit 30 Jahren in Deutschland und bin für jedes Jahr dankbar das ich hier verbringen darf. Eines weiß ich, wir haben die besten Polizisten der Welt! Respekt für euch!“

„Lieber Herr Mohr, danke für die klare und eindeutige Beschreibung der Zustände. Dies sollten die Verantwortlichen zum Anlass nehmen, endlich zu handeln und auch die Rahmenbedingungen für unsere Polizei schaffen damit sie den Randalierern in angemessener Form entgegen treten können. Ich stehe zu 100 % hinter unserer Polizei und habe höchsten Respekt vor Ihren Kolleginnen und Kollegen. Bleiben Sie bitte alle gesund!“

„Respekt Herr Mohr für diesen sachlichen, aber deutlichen Beitrag. Zuerst einmal allen verletzten Beamten die besten Genesungswünsche. Ich habe noch nie erlebt, dass man mit der Polizei unangenehme Bekannschaft macht, wenn man sich an die Gesetze hält. Und ich glaube, dass kein Beamter/-in Lust hat, einen Bürger willkürlich zu kontrollieren. Halt dich an das Gesetz und alles ist gut!“

Die Polizei Stuttgart hat eine 100-köpfige Ermittlungsgruppe eingerichtet. 24 mutmaßliche Randalierer wurden noch in der Nacht festgenommen und drei wurden dem Haftrichter vorgeführt. (Stand: 22. Juni 2020) ■

45 JAHRE

**Sommer Urlaub für die ganze Familie
2 Erwachsene + 2 Kinder**

Kos
Griechenland

Schwaben Deal! €547

Kipriotis Maris Suites

- 4 Sterne - All Inclusive
- ab 02.07.2020
- Doppelzimmer
- Flug ab München

Angebote gelten vorbehaltlich Zwischenverkauf, Preisänderungen und Schwaben Deal. Ein Nachtragsspruch bei ausverkauften Plätzen besteht nicht.

**Sommer Urlaub für die ganze Familie
2 Erwachsene + 2 Kinder**

Korfu
Griechenland

Schwaben Deal! €669

SENTIDO Apollo Palace

- 4 Sterne - All Inclusive
- ab Juli 2020
- 7 Nächte / Doppelzimmer
- Flug ab München

Angebote gelten vorbehaltlich Zwischenverkauf, Preisänderungen und Schwaben Deal. Ein Nachtragsspruch bei ausverkauften Plätzen besteht nicht.

**Sommer Urlaub für die ganze Familie
2 Erwachsene + 2 Kinder**

Bächlein
Franken

Schwaben Deal! €271 p.P.

TUI KIDS CLUB Waldhotel Bächlein

- 3 Sterne - All Inclusive
- ab 16.08.2020
- 6 Nächte / 7 Tage / 2 Zimmer

Angebote gelten vorbehaltlich Zwischenverkauf, Preisänderungen und Schwaben Deal. Ein Nachtragsspruch bei ausverkauften Plätzen besteht nicht.

**Sommer Urlaub für die ganze Familie
2 Erwachsene + 2 Kinder**

Fintel
Lüneburger Heide

Schwaben Deal! €287 p.P.

Hotel Eurostrand Resort

- 4 Sterne - All Inclusive
- ab 31.07.2020
- 6 Nächte / 7 Tage / Family Studio

Angebote gelten vorbehaltlich Zwischenverkauf, Preisänderungen und Schwaben Deal. Ein Nachtragsspruch bei ausverkauften Plätzen besteht nicht.

Bundesweite Hotline: 0711 / 948 48 48

Stuttgart-Fellbach
Eberhardstr. 30
70736 Fellbach
Tel.: 0711 / 57 88 186
Fax: 0711 / 57 99 12
info@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Eberdingen-Hochdorf
Frau Burger
Tel.: 07042 / 872 83 12
Fax: 07042 / 872 83 13
karinburger@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Saarbrücken
Frau Weaver
Tel.: 0681 / 933 120 57
Fax: 0681 / 933 120 59
agrue@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Mainz
Frau Grün
Tel.: 06703 / 305 502
Fax: 0711 / 57 99 12
agrue@pswreisen.de
www.pswreisen.de

Zentrale
Terminal 3, Reisemarkt
70629 Stuttgart Flughafen
Tel.: 0711 / 948 48 48
Fax: 0711 / 997 67 62
info@schwabenlandreisen.de
www.schwabenlandreisen.de



INFORMATIONEN AUS DER FINANZ- ABTEILUNG

Anpassung der Mitgliederbeiträge der Rentner/-innen

In den alten Bundesländern werden die Renten zum 1. Juli 2020 um 3,45 Prozent erhöht. Das bedeutet, dass sich die Mitgliederbeiträge der Rentner/-innen auch entsprechend verändern bzw. diese in den Beitragstabellen angepasst wurden.

Dies greift dann zum nächsten Beitrags-einzug im August. Die Beitragstabellen können auf der Homepage der GdP Baden-Württemberg eingesehen werden. ■

AUS DER REDAKTION Redaktionsschluss

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei – Landesjournal BW – sowie in der Digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Mobilnummer 0173 3005443.

Der Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2020 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 31. Juli 2020, für die Oktober-Ausgabe 2020 ist er am Freitag, dem 4. September 2020.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

Andreas Heck,
stellv. Landesvorsitzender,
Landesredakteur

Polizeiball Mannheim

Samstag, 26.09.2020
Baumhainhalle
Mannheim

Einlass: 18.30 Uhr
Beginn: 19.30 Uhr

Aktuelle Informationen folgen!

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick.



DP – Deutsche Polizei
Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (07042) 879-0
Telefax (07042) 879-2 11
info@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Andreas Heck (V.i.S.d.P.)
Maybachstraße 2
71735 Eberdingen
Mobil 0173 3005443
redaktion@gdp-bw.de

Service GmbH BW
Telefon (07042) 879-299
Telefax (07042) 879-2 11
info@gdp-service.com